
– DER PRESSESPRECHER –

Richter am Amtsgericht Dirk Simon
Amtsgericht Stralsund • Bielkenhagen 9 • 18439 Stralsund

Telefon: 03831 - 257460 • Mobil: 0176 - 48197332
E-Mail: simon@richterbund.info oder pressearbeit@richterbund.info

PRESSEERKLÄRUNG

Pressemitteilung vom 17. Januar 2014

Richterbund Mecklenburg-Vorpommern kritisiert Personalpolitik der Landesregierung

Sparkurs gefährdet Funktionsfähigkeit des Finanzgerichts

Justizministerin Uta-Maria Kuder hat am gestrigen Donnerstag Prof. Dr. Sauthoff zum neuen Präsidenten des Obergerichtes und zugleich zum Präsidenten des Finanzgerichts ernannt.

Was zunächst nach einer gelungenen Einsparung aussieht, führt nach Ansicht des Richterbundes Mecklenburg-Vorpommern dazu, dass mit der Besetzung zweier Präsidentenämter durch eine Person zukünftig an diesen Gerichten das verfassungsrechtliche Gebot des gesetzlichen Richters verletzt sein könnte. Damit wären Entscheidungen rechtswidrig und angreifbar.

Der Vorsitzende des Richterbundes Mecklenburg-Vorpommern, Direktor des Amtsgerichts Axel Peters, erklärte dazu: „Die Landesregierung weiß seit längerer Zeit von dieser Problematik. Trotzdem geht sie bewusst das Risiko ein, dass Gerichte im Land nicht mehr ordnungsgemäß besetzt sind.“

Bereits im Oktober 2013 hatte der Präsident des Bundesfinanzhofs, Prof. Dr. Rudolf Mellinghoff, in einem Brief an Justizministerin Kuder erhebliche Bedenken gegen die Pläne für die Besetzung des Finanzgerichts angemeldet. Er wies u.a. darauf hin, dass aus seiner Sicht die Besetzung der Präsidentenstelle beim Finanzgericht durch einen Präsidenten eines anderen Gerichtes die Rechtsstaatlichkeit der Mehrzahl der Entscheidungen des Gerichtes betreffen dürfte, d.h. dass diese Entscheidungen rechtswidrig seien.

Die Landesregierung ignoriert allerdings nicht nur diese Bedenken von höchstrichterlicher Seite, sondern zeigt sich auch sonst nicht gesprächsbereit. So lehnte Ministerpräsident Erwin Sellering eine Bitte des Vorsitzenden des Deutschen

Richterbundes, Christoph Frank, zu einem gemeinsamen Gespräch mit dem Landesvorsitzenden Peters und dem Vorsitzenden des Bundes Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter Lutter ab. Der DRB und der BDFR haben sich aus Sorge um die Funktionsfähigkeit der Justiz auch und gerade in Mecklenburg-Vorpommern an Ministerpräsident Sellering gewendet."

Zum Hintergrund:

Nach höchstrichterlicher Rechtsprechung muss der Präsident eines Gerichtes in der Lage sein, in dem von ihm neben der Leitung des Gerichts geführten Spruchkörper mindestens 75 Prozent der Aufgaben des Vorsitzenden, dabei mindestens 50 Prozent der richterlichen Spruchtätigkeit, selbst wahrzunehmen. Es ist nach Ansicht des Richterbundes nicht realistisch, dass eine Person neben der Leitung des Oberverwaltungsgerichts und des Finanzgerichts noch den Vorsitz in zwei Spruchkörpern dieser Gerichte im gesetzlich geforderten Umfang ausüben kann.

Der jetzt ernannte Präsident des Oberverwaltungsgerichts Greifswald und Präsident des Finanzgerichts M-V ist – gesetzlich zwingend – zugleich in beiden Gerichten auch Vorsitzender eines Spruchkörpers, d.h. einer Kammer des OVG bzw. eines Senats des FG.

Die Übertragung eines weiteren Richteramtes – dies ist im vorliegenden Fall gegeben – ist nach dem Leitbild des Art. 97 GG die Ausnahme und bedarf jedenfalls einer besonderen Rechtfertigung. Bloße haushalterische Gründe, wie z.B. Personaleinsparungen, reichen dabei nicht aus.

Der Richterbund Mecklenburg-Vorpommern ist ein Landesverband des Deutschen Richterbundes (DRB). Der Deutsche Richterbund ist der größte Berufsverband der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Deutschland. 25 Landes- und Fachverbände mit rund 15.500 Mitgliedern vereinigen sich unter seinem Dach. Der Deutsche Richterbund vertritt die Interessen seiner Mitglieder gegenüber Regierungen, Parlamenten und Öffentlichkeit.